

23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza

Seite 1 von 7

Leitantrag

Beschluss

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Thüringen kann 20 Jahre nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes auf eine erfolgreiche Entwicklung zurück blicken. Die deutsche Einheit und damit die Entwicklung Thüringens sind eine weltweit einmalige Erfolgsgeschichte.

Der Aufbau staatlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen nach dem Ende des kommunistischen Regimes ist der Verdienst der Menschen in unserem Land - auch vieler engagierter Liberaler. Wir haben Verantwortung getragen und die Grundlagen für die Politik von heute geschaffen. Mit gemeinsamer Anstrengung und mit Hilfe und Unterstützung vor allem aus Hessen und Rheinland-Pfalz ist die Umstrukturierung der planwirtschaftlichen Mangelwirtschaft in die soziale Marktwirtschaft gelungen. Thüringen braucht Freie Demokraten in Verantwortung.

20 Jahre Wiedervereinigung Deutschlands sind für uns Anlass innezuhalten und uns über den Wert der Freiheit in der heutigen Gesellschaft zu vergewissern. Wir müssen uns der Frage stellen, was Freiheit zur Verantwortung heute bedeutet. 20 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands müssen wir den Blick zurück mit dem Blick nach vorn verbinden.

Wenn wir zurückblicken, dann sehen wir, dass es keinen Lebensbereich gibt, der nicht von Veränderungen betroffen war. Wir sehen den Erfolg der Veränderungen und distanzieren uns von den falschen und verfälschenden geschichtlichen Darstellungen, wie sie insbesondere von linken Kräften betrieben werden. Gleichwohl wissen wir, dass die in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung geweckten Erwartungen und gesteckten Ziele oftmals zu hoch waren und es zu Enttäuschungen gekommen ist. Gerade deshalb sehen wir in allen Bereichen weiteren Handlungsbedarf. Klar ist aber: Wir kurieren nicht die Folgen der Wiedervereinigung, sondern die Folgen der Teilung unseres Vaterlandes. Dass der Weg schwieriger ist als zunächst angenommen, liegt nicht an einem Versagen der Politik der letzten 20 Jahre sondern am Flurschaden, den 40 Jahre real existierender Sozialismus in unserer Heimat angerichtet haben.

Gemessen an der Ausgangslage des Jahres 1989 haben unser Land und seine Gesellschaft in allen Bereichen großartige Fortschritte gemacht. Die Wirtschaftskraft, die Pro-Kopf-Einkommen, die Lebenserwartung und die Lebensqualität der Menschen sind seit 1990 signifikant gestiegen. Die Umwelt ist sauberer, als sie dies in den vergangenen Jahrzehnten jemals war. Die Sozialleistungen, die von arbeitenden Menschen ermöglicht werden, sind der größte Ausgabeposten der öffentlichen Haushalte. Dank des Sozialstaates muss niemand hungern, Kosten für Unterkunft und Heizung sowie viele Dinge des Grundbedarfs sind selbstverständlicher Bestandteil sozialer Unterstützung. Meinungs-, Presse-, Rede- und Reisefreiheit sind selbstverständliche Grundrechte.

Gemessen an den Erwartungen des Jahres 1989 ist vieles erreicht und bleibt dennoch vieles zu tun. Die Wirtschaftskraft liegt trotz aller positiven Entwicklungen noch immer hinter der der „alten Länder“ zurück, die Abwanderung vor allem junger und gut ausgebildeter Menschen hält an, die demographische Entwicklung geht in Richtung Überalterung der Gesellschaft, Bildungserfolg hängt stark von der sozialen Herkunft ab und die Lage der öffentlichen

23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza

Seite 2 von 7

Leitantrag

Haushalte ist dramatisch. Dies sind einige der Herausforderungen, denen sich die Politik in den nächsten Jahren stellen muss, für die sie Antworten finden muss.

20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ist die FDP aus den Wahlen des Jahres 2009 als viertstärkste politische Kraft in Thüringen hervorgegangen. Sieben Abgeordnete im Thüringer Landtag gestalten gemeinsam mit liberalen Mandatsträgern in allen 23 Thüringer Kreistagen und in vielen Gemeinden und Städten unseres Landes und in enger Zusammenarbeit mit zwei Bundestagsabgeordneten der FDP Thüringen verantwortlich die Geschicke unseres Landes auf allen Ebenen nationaler Parlamente. Wir wollen diese Chance nutzen und an die erfolgreiche liberale Politik der ersten Jahre des Wiederaufbaus anknüpfen.

In Gestaltungsverantwortung und als konstruktive Opposition ist es gleichermaßen von Bedeutung, die Grundwerte liberaler Überzeugung in den Grundzügen liberaler Politik erkennbar und erlebbar zu machen.

Grundwerte liberaler Überzeugung sind Freiheit, Demokratie, Eigenverantwortung, Chancengleichheit, Leistungsbereitschaft, Toleranz, Weltoffenheit und das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft. Diese Grundwerte stehen für uns nicht zur Disposition, sie sind nicht tagespolitisch verhandelbar sondern unverrückbarer Maßstab unserer politischen Entscheidung.

Freiheit ist mehr als ein abstrakter Begriff. Sie ist als individuelle Freiheit vor allem die Grundlage für die freie Entfaltung und Entwicklung der Persönlichkeit. Die Grenze der individuellen Freiheit ist die Freiheit des Nächsten, die Vermeidung von Schädigungen Dritter.

Eine freie Gesellschaft kann nur aus freien, aus freiheitlichen Individuen bestehen. Ein freiheitlicher Staat ist ein Staat, dem die Bürger Einschränkungen ihrer individuellen Freiheit gewähren, um Schaden von der Gesellschaft und einzelnen Mitgliedern der Gesellschaft abzuwenden. Ein Staatsverständnis, wonach der Staat Bürgern Freiheiten gewährt und sie ansonsten Untertanen sind, ist Liberalen fremd. Es ist falsch, wenn argumentiert wird, die gerade überstandene Krise sei die Folge von zu wenig staatlicher Einmischung in wirtschaftliche Abläufe gewesen und deshalb müsse der Staat als „starker Staat“ einen Paradigmenwechsel hin zu mehr Staatsinterventionismus mit einer Ausweitung öffentlicher Investitionen vornehmen. Ein starker Staat mischt sich nicht überall ein, er regelt dort, wo es für das Zusammenleben der Menschen in unserer Gesellschaft notwendig ist und hält sich zurück, wo Menschen Entscheidungen für ihr eigenes Leben treffen können und wollen.

Wenn Bürger ihrem Staat vertrauen sollen, muss der Staat vor allem seinen Bürgern vertrauen. Maßstab aller Politik muss die Freiheit sein.

Freiheit ist für Liberale auf das Engste verbunden mit Verantwortung. Verantwortung für sich selbst und für das Gemeinwesen zu übernehmen, ist liberales Grundverständnis. Um Verantwortung für sich selbst übernehmen zu können, ist Chancengleichheit eine zentrale Voraussetzung. Gleiche Chancen am Start zu gewährleisten, heißt nicht, gleiche Ergebnisse anzustreben. Chancengleichheit ist nicht Gleichmacherei. Freiheit heißt Entscheidung, heißt auch, dass nicht alle Träume und Wünsche in Erfüllung gehen können. Wer sich entscheiden

23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza

Seite 3 von 7

Leitantrag

muss, nimmt auch das Risiko des Scheiterns in Kauf. Freiheit heißt, dass der Staat nicht alles richten kann. Auch wenn es in Einzelfällen wünschenswert erscheint, staatliche Einmischung in Einzelfälle endet zwangsläufig in permanenter staatlicher Bevormundung in allen Lebensbereichen. Ein solches System haben die Bürger unseres Landes vor 20 Jahren bewusst und entschlossen beendet.

Freiheit ist wichtiger als Gleichmacherei, bei der es allen gleich schlecht geht; was verteilt werden soll, muss vorher erwirtschaftet werden; privates Engagement und individuelle Entscheidungen sollen das Leben der Menschen mehr prägen, als staatlich erlassene Verbote und Vorschriften; wer kann, soll und muss sein Leben eigenverantwortlich gestalten anstatt in Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen zu leben; Chancengleichheit am Start zu gewähren, ist Aufgabe des Staates, diese Chancen zu nutzen, ist Aufgabe jedes Einzelnen - das sind die Grundsätze unseres Handelns für eine freie, faire und soziale Gesellschaft. Die Ergebnisse der Wahlen des Jahres 2009 sind für uns ein Vertrauensvorschuss, den wir durch verantwortliches Handeln entlang dieser Grundsätze rechtfertigen werden.

Erfolgreiche liberale Politik orientiert sich konsequent an den Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft. Die Überwindung der weltweiten Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 hat gezeigt, dass die soziale Marktwirtschaft stark genug ist, um solchen Entwicklungen zu begegnen. Allerdings hat sich die Welt durch die Krise verändert. Auf diese Veränderung muss sich auch Thüringen einstellen. Nach der Krise gilt es daher, den Standort Thüringens neu zu bestimmen, Lehren zu ziehen und unser Land zukunftssicher zu gestalten. Dabei geht es nicht nur um kurzfristige, tagespolitische Auseinandersetzungen, sondern um die grundsätzliche strategische Ausrichtung der Politik für die nächsten zehn Jahre. Der demographische Wandel, die notwendige wirtschaftliche Entwicklung sowie die aktuelle Lage und die bereits erkennbare Entwicklung der öffentlichen Haushalte setzen den inhaltlichen Rahmen; unsere liberalen Grundüberzeugungen sind der Kompass unserer Antworten auf diese Herausforderungen.

Die soziale Marktwirtschaft ist die systematische Verbindung des freien Marktes mit den Grundsätzen einer sozialen Gesellschaft, die denen hilft, die der Hilfe bedürfen. Sie verbindet auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem gerade durch die wirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt. Sie sichert Arbeitsplätze und setzt dem Markt Regeln. Vor allem aber sichert sie den Schutz des Privateigentums und die Vertragsfreiheit.

Staatliche Beteiligungen oder gar Enteignungen unterhöhlen das Fundament der Sozialen Marktwirtschaft und führen direkt in Staatswirtschaft und Mangelverwaltung. Wir erteilen allen Rufen nach mehr staatlichem Einfluss auf die Wirtschaft eine klare Absage. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer! Wir brauchen keine neue Wirtschaftspolitik, wir stehen für eine konsequente Umsetzung der Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft!

Wir schließen uns dem Chor der anderen Parteien, die die Qualität des Sozialstaates über möglichst viele und möglichst großzügige Verteilungsmechanismen definieren und Gerechtigkeit ausschließlich als Verteilungskampf verstehen, ausdrücklich nicht an. Leistung

23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza

Seite 4 von 7

Leitantrag

muss sich lohnen! Diese Erkenntnis war im Jahr 2009 richtig und sie hat an Aktualität nichts eingebüßt.

Die Thüringer Landespolitik sieht sich nach der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Um Chancen zu sichern, Perspektiven zu bieten und Sicherheit zu gewährleisten, müssen Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik neu ausgerichtet werden.

Die ländlichen Regionen Thüringens stehen in den nächsten Jahrzehnten vor enormen Herausforderungen. Bedingt durch den demographischen Wandel sind besondere Auswirkungen, wie Bevölkerungsrückgang, Ausdünnung der Infrastruktur, Verlust von wertvoller Kulturlandschaft zu befürchten. Die Zukunft der ländlichen Gebiete Thüringens und damit die Zukunft des gesamten Landes reduzieren sich nicht auf Fragen der Land- und Forstwirtschaft. Zunehmend geraten auch Fragen der gesundheitlichen Infrastruktur, Bildungsinstitutionen, Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur und regionaler Wirtschaftskreisläufe in den Mittelpunkt. Es sind erhebliche Anstrengungen notwendig, um die wichtigsten Funktionen der ländlichen Räume für die Nahrungsmittel- und Bioenergieproduktion auf der einen und als Natur-, Lebens- und Erholungsraum auf der anderen Seite langfristig zu sichern. Kooperationen und Netzwerke (Interkommunale Zusammenschlüsse) zwischen regionalen Akteuren, die zur Eigeninitiative motivieren und bürgernahe Strukturen, die ehrenamtliches Engagement und Identifikation mit der Heimatregion befördern, sind dafür unabdingbare Voraussetzung.

Bildung ist die Anregung aller Kräfte des Menschen, damit diese sich entfalten und zu einer sich selbst bestimmenden Individualität und Persönlichkeit führen. Diese Erkenntnis wurde schon von Wilhelm von Humboldt formuliert und sie hat bis heute nichts an Aktualität verloren.

Bildung als Bürgerrecht bestimmt die Lebenschancen eines jeden Menschen und ist zugleich die wichtigste Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft. Bildung ist eine Kombination aus Verpflichtung und Selbstbestimmung. Chancengleichheit, Wahlfreiheit und Bildungsgerechtigkeit müssen bei allen Entscheidungen in der Bildungspolitik oberste Priorität haben.

Die Novelle des Thüringer Kindertagesstättengesetzes, die der Thüringer Landtag auch mit den Stimmen der FDP-Fraktion beschlossen hat, geht in die richtige Richtung. Die Umsetzung des Gesetzes begleitet die FDP jedoch seither kritisch. Fehlende Rechtsverordnungen und mangelhafte Um- und Durchsetzung des Gesetzes führen zu steigenden Kosten vor Ort, die die Kommunen oder die Eltern tragen müssen. Diese Entwicklung kritisiert die FDP ausdrücklich! Wir stehen für eine kontinuierliche Verbesserung der frühkindlichen Betreuung, die wir als Fundament für den weiteren Bildungsweg ansehen. Wir bekräftigen unsere Forderung nach einem verbindlichen Vorschuljahr für alle Kinder, um Chancengleichheit beim Start in die Schulzeit zu ermöglichen. Nichts ist schlimmer als ein ungleicher Start in diesen, die Lebenschancen so maßgeblich mitbestimmenden, Teil des Lebens.

Wir sprechen uns für Vernunft und Augenmaß bei Umgestaltung der Schulstruktur des Landes aus. Bildungseinrichtungen, die sich bewährt haben und maßgeblich zu den guten

23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza

Seite 5 von 7

Leitantrag

und sehr guten Ergebnissen der PISA-Studien beitragen, dürfen nicht ehrgeizigem und ideologischem Aktionismus zum Opfer fallen. Alle in Thüringen existierenden Schularten sind gleichberechtigt zu behandeln. Das bestehende Schulsystem in Thüringen hat sich bewährt und soll erhalten bleiben. Die Qualität der einzelnen Bildungseinrichtungen ist immer auch von den handelnden Akteuren vor Ort abhängig und ebenso ist das soziale und gesellschaftliche Umfeld für gutes Gelingen von Schule wichtig.

Die FDP Thüringen bekräftigt ihr Modell eines grundsätzlichen Überganges aller Schüler nach der vierten Klasse in die Regelschule und damit verbunden der Entscheidung über die weitere Schullaufbahn nach Klassenstufe 6.

Förderschulen sind als Einrichtungen für Schüler mit den unterschiedlichsten Benachteiligungen ein wichtiger Bestandteil der Thüringer Schullandschaft und eine wichtige Voraussetzung für die Erhöhung der Chancengleichheit für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf. Diese Schulen weiterzuentwickeln und auszubauen, ist eine Zukunftsaufgabe für die Integration von Menschen mit Benachteiligungen in unserer Gesellschaft. Sie dürfen nicht einer allgemeinen Gleichmacherei zum Opfer fallen. Auf die hohe sonderpädagogische Kompetenz der Förderschulen kann nicht verzichtet werden. Das Recht der Eltern für ihre Kinder den optimalen Bildungsweg zu wählen, muss deshalb erhalten bleiben. Die FDP Thüringen lehnt eine staatlich verordnete Integration, ohne Mitspracherecht der Eltern kategorisch ab und wird weiterhin die qualitativ hochwertige pädagogische Arbeit der Förderschulen unterstützen.

Die Berufsschulen und Berufsakademien in Thüringen haben zu Recht einen guten Ruf und locken auch viele Schüler aus anderen Bundesländern nach Thüringen. Sie leisten damit einen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in unserem Land. Fast 50% aller Berufsschulen sind Einrichtungen in freier Trägerschaft und tragen, mit geringen Abbrecherquoten und sehr guten Berufsaussichten, durch hochqualitative Ausbildung zum guten Ruf Thüringens als Bildungs- und Ausbildungsland maßgeblich bei. Um den Fachkräftemangel wirksam bekämpfen zu können, fordern wir, auch bei sinkenden Auszubildendenzahlen, den Berufsschulen eine besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, mit dem Ziel, möglichst viele der ausgebildeten Fachkräfte in Thüringen zu halten.

Neben den staatlichen Schulen sind besonders die Schulen in freier Trägerschaft für ihre unterschiedlichen Konzepte und ihr erfolgreiches Abschneiden bei PISA-Studien bekannt. In Thüringen besuchen etwa 25000 Schüler eine Schule in freier Trägerschaft. Hohes pädagogische Engagement und eine umfangreiche Elternarbeit zeichnen diese Schulen aus. Alle Schulen in freier Trägerschaft haben in Thüringen Anspruch auf öffentliche Zuschüsse, um den Bildungsauftrag zu erfüllen und allen Schülern den Zugang zu einer solchen Schule zu ermöglichen. Der Freistaat Thüringen fördert die Schulen in freier Trägerschaft in Anlehnung an die Kosten eines Schülers einer Schule in staatlicher Trägerschaft zu einem festgelegten Prozentsatz. Im bundesweiten Vergleich der Zahlungen ist Thüringen weder an der Spitze noch das Schlusslicht. Dass sich die Ergebnisse der Schulen in freier Trägerschaft im nationalen und internationalen Wettbewerb sehen lassen können bedeutet, dass diese Schulen ihren Auftrag umfänglich erfüllen und jedes Recht haben, weiterhin angemessen gefördert zu werden.

23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza

Seite 6 von 7

Leitantrag

Die Thüringer Universitäten und Hochschulen genießen national und international einen guten Ruf und leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherung hochqualifizierten Arbeitskräfte- und Wissenschaftlernachwuchses. Sie müssen für Studenten aus Deutschland, Europa und der ganzen Welt noch attraktiver werden. Die FDP Thüringen begrüßt die vom Landtag beschlossene Abschaffung der Semesterbeiträge vor allem deshalb, weil die Verwendung dieser Beiträge für die Studierenden intransparent und nicht erkennbar zur Verbesserung der Studienbedingungen erfolgte. Wir bekennen uns zur Freiheit der Hochschulen inklusive des Rechts der Hochschulen, Studienbeiträge zu erheben. Die FDP Thüringen fordert ein Hochschulfreiheitsgesetz für Thüringen.

Die Wirtschaft in Thüringen hat sich in den vergangenen 20 Jahren hervorragend entwickelt und nach Überwindung der Krise wieder deutlich an Kraft gewonnen. Trotzdem liegt die Wirtschaftskraft noch deutlich hinter dem bundesdeutschen Durchschnitt, insbesondere hinter der der „alten Länder“ zurück. Diesen Rückstand aufzuholen, muss das Ziel der wirtschaftspolitischen Entscheidungen bleiben! Dieser Rückstand ist eine der Hauptursachen das Attraktivitätsdefizit, welches Thüringen im Vergleich mit anderen Standorten hat und welches sich in niedrigeren Löhnen und letztlich in der Abwanderung niederschlägt. Wir geben die strukturschwachen Regionen nicht auf. Der notwendige Aufholprozess ist aber kein Konzept von Wirtschaftspolitik, er ist das Ziel. Konzepte sind notwendige Mittel, um dieses Ziel zu erreichen. Zu diesen Konzepten gehören die Verbindung von Wirtschaft und Wissenschaft z. B. die Unterstützung von Clustern, aber insbesondere ein klares Bekenntnis zu den vielen tausend kleinen und mittelständischen Unternehmen und Unternehmern in Thüringen. Dazu gehört für Liberale auch das klare Bekenntnis zur Tarifautonomie. Einseitige Ausrichtungen der Wirtschaftspolitik auf einzelne Branchen lehnen wir genauso ab wie Versuche, die Vergabe öffentlicher Aufträge an politisches Wohlverhalten zu binden.

Durch gezielte Ausbildung und Forschung soll der Anteil an gut ausgebildeten Fachkräften weiter steigen, um Thüringen als Standort für die High-Tech- und die Dienstleistungsbranche attraktiver zu machen und hier zukunftssträchtige Arbeitsplätze zu sichern. Hierfür muss die Zusammenarbeit von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft intensiviert werden. In diesem Sinne soll auch privat finanzierte Forschung durch Projektförderung und Steuererleichterungen unterstützt werden. Insbesondere muss es gelingen, wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen und mittelständische Unternehmen noch enger miteinander zu vernetzen. Daraus kann sich ein Wettbewerbsvorteil ergeben, der Thüringen als Wirtschaftsstandort attraktiv macht.

Thüringen muss sich in den kommenden Jahren auf einen dramatischen Rückgang staatlicher Finanzen einstellen. In den Jahren 2013/2014 läuft die Förderung als "Ziel-1-Gebiet" aus den Europäischen Strukturfonds aus. Durch die EU-Osterweiterung umfasst die Europäische Union heute auch Regionen, die gemessen an den relevanten wirtschaftspolitischen Indikatoren noch weiter zurückliegen, als die ostdeutschen Bundesländer. Die Förderpolitik der EU konzentriert sich daher auf die gesamteuropäisch als am strukturschwächsten erkannten Regionen. In 2010 erhält Thüringen noch 645 Millionen Euro aus den Europäischen Strukturfonds. 2020 werden es nach vorsichtigen Schätzungen nur noch 200 Millionen sein. Auch die Mittel aus dem Solidarpakt laufen bis zum Jahr 2020 aus. In 2010 erhält Thüringen noch 1,25 Milliarden Euro der sog. Sonder-Bundesergänzungszuweisungen. Diese werden jährlich abgeschmolzen, im Jahr 2019 erhält

23. ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen am 30.-31. Oktober 2010 in Bad Langensalza

Seite 7 von 7

Leitantrag

Thüringen letztmalig eine Zuweisung von 300 Millionen Euro. Die demographische Entwicklung verursacht weitere Einnahmerückgänge. Neben dem Verlust an eigenen Steuereinnahmen nehmen auch die an die Einwohnerzahl gekoppelten Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich ab.

In Summe werden die Einnahmen des Landes im Jahr 2020 auf 6,2 bis 7,5 Milliarden Euro sinken - im Vergleich zum laufenden Haushalt 2010 mit einem Volumen von 9,8 Mrd. Euro also um bis zu einem Drittel. Dies erfordert eine grundsätzlich neue Struktur des Landeshaushaltes. Die FDP hält es für eine folgenschwere Fehlentwicklung, dass die schwarz-rote Landesregierung in Kenntnis der beschriebenen Entwicklungen für das Jahr 2011 einen Landeshaushalt mit einer Neuverschuldung von 620 Mio. EUR plant. Zusammen mit der Neuverschuldung aus dem Haushalt 2010 in Höhe von 820 Mio. EUR hat diese Landesregierung in den ersten beiden Jahren ihrer Tätigkeit bereits fast 1,5 Mrd. EUR neue Schulden angehäuft. Mit Blick auf kommende Generationen hält die FDP diese Entwicklung für unverantwortlich. Insbesondere bekräftigt die FDP ihre Auffassung, dass die Schaffung neuer Strukturen, wie bspw. im sog. Landesarbeitsmarktprogramm, auch aus haushaltspolitischen Überlegungen falsch ist.

Die äußerst angespannte Situation der öffentlichen Haushalte verbietet mit Blick auf die Erhaltung von langfristigen Gestaltungsspielräumen die Verteilung ideologisch motivierter Wohltaten. Die FDP Thüringen setzt sich für ein einfacheres und transparenteres Steuersystem ein. Ein Schritt hierzu ist die Umstellung der Einkommenssteuer auf einen einfachen, für jeden Bürger nachvollziehbaren Stufentarif.

Der Erhalt des Sozialstaates ist nur möglich, wenn die Gewährung von Leistungen strikt an der Bedürftigkeit ausgerichtet wird und zugleich die Motivation zur Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erhalten bleibt. Wer nicht arbeiten will, obwohl er könnte, hat keinen Anspruch, seinen Lebensunterhalt von der Solidargemeinschaft zu beziehen.

Da die Haushaltskonsolidierung die höchste Priorität hat, geht es im Steuersystem zunächst um eine deutlich erkennbare Vereinfachung. Mittelfristig muss jedoch die Abgabenlast insbesondere der Bürger mit kleinen und mittleren Einkommen gesenkt werden, da die Bundesbürger 2010 immer noch trotz bereits umgesetzter Verbesserungen 50,4 Prozent ihres Einkommens an den Staat abliefern müssen. Insbesondere die mittleren Einkommensbezieher sollen entlastet werden, da sie einer ungerechten dreifachen progressiven Belastung bei Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen und Abgaben unterliegen.

Nur durch verantwortungsvolle Bildungs-, Wirtschafts- und Steuerpolitik kann Thüringen sich auf die genannten Herausforderungen einstellen. Die FDP Thüringen wird ihre neue Verantwortung nutzen, um ihren Beitrag dazu zu leisten.